

EINLADUNG

14. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung und Diversity

Sitzungstermin: Freitag, 25.11.2022, 16:30 Uhr

Raum, Ort: BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschriften
- 3 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 4 Pilotprojekt Bürohund auch im Bezirksamt Charlottenburg-
Wilmersdorf durchführen **2032/5**
SPD-Fraktion
- 5 Schutz von Gewerbetreibenden – Gutachten zur Entwicklung des
Gewerbemietmarkts **1695/5**
Fraktion DIE LINKE
- 6 Insektenhotels“ auf Grünflächen und Parks des Bezirks **1714/5**
Neu: Grünflächen im Bezirk insektenfreundlicher machen
AfD-Fraktion
(Mit Änderungen aus dem Umweltausschuss 24.8.2021)
- 7 Digitalisierung der Kultureinrichtungen, der Musikschule und der **1732/5**
VHS
SPD-Fraktion
(Ohne Änderungen im Ausschuss Kultur beschlossen 12.01.2021)
- 8 Schülerinnen und Schüler für ein Praktikum gewinnen **1759/5**
SPD-Fraktion
- 9 Neues Bundes-Städtebauförderungsprogramm für Krisen resiliente **1763/5**
Zentren nutzen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Ohne Änderungen im Ausschuss Stadt beschlossen 5.5.21)

- | | | |
|----|--|---------------|
| 10 | „Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ in Charlottenburg-Wilmersdorf stärken
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1774/5 |
| 11 | Ökologischer Schwerpunkt für die Wirtschaftsförderung setzen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1778/5 |
| 12 | Kostenübernahme für Hausabriss auf der Parzelle 139 in der Kolonie Hohenzollerndamm
SPD-Fraktion
<i>(Im Unterausschuss abgelehnt 18.05.2021)</i> | 1789/5 |
| 13 | Innovationslab für die Verwaltung Charlottenburg-Wilmersdorf
SPD-Fraktion | 1792/5 |
| 14 | Spezielle Beratung für Selbstständige und Kleinunternehmen in der Corona-Krise
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1808/5 |
| 15 | Pandemiekosten in der KLR
AfD-Fraktion | 1819/5 |
| 16 | Fair auch beim Geldverkehr
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 1849/5 |
| 17 | Verschiedenes | |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Ausschussvorsitzender
Karsten Sell

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Hansen

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 2032/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Pilotprojekt Bürohund auch im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf durchführen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, auch im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, wie im Bezirk Spandau, ein Pilotprojekt Bürohund durchzuführen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2021 zu berichten.

Begründung:

Laut dem Bundesverband für Bürohund verringern Hunde im Büro Stress am Arbeitsplatz und verbessern das Betriebsklima nachhaltig.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion DIE LINKE
Juckel/Schenker

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1695/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Schutz von Gewerbetreibenden – Gutachten zur Entwicklung des Gewer-
bietetmarkts**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, sich beim Senat für einen regelmäßigen Bericht über die Gewerbestruktur und Gewerbemieten sowie ihrer Entwicklung in Berlin einzusetzen. Dieser soll insbesondere bezirksspezifische Daten zum Angebot an Flächen für kleinteiliges Gewerbe, Einzelhandel sowie soziale Träger sowie Bedarfsanalysen und -prognosen enthalten und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Gewerbemietmarkt darstellen.

Sofern vom Berliner Senat keine zeitnahen Planungen für einen entsprechenden berlinweiten Bericht bestehen, ist vom Bezirksamt ein Gutachten zur Entwicklung des bezirklichen Gewerbemietmarkts spätestens bis zum 31. Dezember 2021 eigenständig in Auftrag zu geben.

Der BVV ist bis zum 28. Februar 2021 (Zwischenbericht) sowie bis zum 31. Dezember 2021 (Abschlussbericht) zu berichten.

Begründung:

In Berlin und den Bezirken fehlen seit Jahren aussagekräftige, nicht-kommerzielle Daten über die Entwicklung der Gewerbestruktur und Gewerbemieten. Gleichwohl zeigen Erhebungen von privaten Anbieter*innen, dass die Gewerbeimmobilienpreise in den vergangenen 10 Jahren um ca. 60 % gestiegen sind. In Toplagen explodieren Gewerbemieten geradezu, während in weniger attraktiven Lagen die Miet- und Pachtpreise auch sinken, um dem zunehmenden Leerstand von Flächen entgegenzuwirken. Infolgedessen haben sich insbesondere Einzelhandelsstrukturen verändert. Daher bedarf es zum Schutz resp. der Wiederherstellung einer funktionierenden sozialen Infrastruktur und wohnortnahen Grundversorgung eines regelmäßigen Berichts über die Entwicklung des Gewerbe(miet-)markts und datenbasierter Handlungsempfehlungen.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat am 6. Juni 2019 hierzu Folgendes beschlossen:
„[...] Land und Bezirke erstellen in Zusammenarbeit einen Gewerberaumbericht sowie kleinteilige Gewerbeflächenentwicklungskonzepte. Darin soll u. a. untersucht werden, wie sich das Angebot an Flächen für kleinteiliges Gewerbe, Einzelhandel sowie soziale Träger entwickelt und welche Bedarfe derzeit und in den kommenden Jahren zu erwarten sind. Ebenso ist die Sicherung von bestehenden Flächen und Standorten zu berücksichtigen [...]“ (vgl. Drucksache 18/2345).

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 1714/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

„Insektenhotels“ auf Grünflächen und Parks des Bezirks

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, „Insektenhotels“ auf den Grünflächen und Parks aufzustellen.

Der BVV ist bis zum 28.02.21 zu berichten.

Begründung:

Das Bienen- und Insektensterben wird von der Wissenschaft bestätigt und immer wieder in den Medien thematisiert.

Gerade in der Innenstadt bieten nur wenige Privatleute Bienen und Insekten einen Unterschlupf (z.B. auf Balkons und in Vorgärten an) in „Insektenhotels“ an.

Das Bezirksamt könnte durch beispielhaftes Vorgehen hier einen Mangel beseitigen auch mehr Bürger zum Handeln anregen.

Der BVV ist bis zum 28.02.21 zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Timper

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1732/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Digitalisierung der Kultureinrichtungen, der Musikschule und der VHS

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass die Gebäude der Kultureinrichtungen, der Musikschule und der VHS in Charlottenburg-Wilmersdorf ausreichend mit WLAN ausgestattet werden, um einerseits die internen Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren, zum anderen den Nutzer*innen von Kultureinrichtungen, VHS und Musikschule auch digitale Angebote machen zu können.

Der BVV ist bis zum 31.3.2020 zu berichten

Begründung:

Bisher sind noch nicht alle Gebäude von Kultureinrichtungen, VHS und Musikschule mit einem stabilen WLAN-Netz ausgestattet. So sind z.B. noch nicht einmal Online-Anmeldungen möglich. Einen digitalen Unterricht, wie er während der Covid-19-Pandemie z.T. notwendig ist, können die Musikschullehrer*innen in der Regel nur von zu Hause anbieten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1759/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
--------------	----------------

BVV	
-----	--

Schülerinnen und Schüler für ein Praktikum gewinnen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, in den neunten Klassen in den Schulen für ein Praktikum in der Verwaltung zu werben.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Um für das Bezirksamt zu werben und die guten Arbeitsbedingungen vorzustellen, sollte schon früh die Möglichkeit genutzt werden, den Kindern bzw. den potentiellen Auszubildenden die Arbeit der Verwaltung näher zu bringen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Wieland

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1763/5**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Neues Bundes-Städtebauförderungsprogramm für krisenresiliente Zentren nutzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, mit Hilfe des neuen Städtebauförderungsprogramms des Bundes "Förderung innovativer Konzepte zur Stärkung der Resilienz und Krisenbewältigung in Städten und Gemeinden" für ausgewählte, unter der Krise leidende Geschäftszentren der City West Modellprojekte zu entwickeln, die innovative und experimentelle Vorhaben umsetzen, um Resilienz stärkende und praxisnahe Konzepte für die städtebauliche Entwicklung lebendiger Zentren von morgen zu schaffen.

Die Erstellung der Konzepte soll durch entsprechende Expertenberatung und die Durchführung von Reallaboren unterlegt werden.

Der BVV ist bis zum 30.04.2021 zu berichten.

Begründung:

Entstandene städtebauliche Missstände von Zentren werden durch die aktuelle Corona-Krise noch verstärkt und zeigen sich beispielsweise im Leerstand von Gewerbeflächen. Um eine lebendige Innenstadt zu erhalten müssen neue städtebauliche Konzepte gefunden werden.

Das neue, aktuell vom Haushaltsausschuss des Bundestags beschlossene Förderprogramm "Förderung innovativer Konzepte zur Stärkung der Resilienz und Krisenbewältigung in Städten und Gemeinden" ist bei der Titelgruppe „Förderung des Städtebaus“ angesiedelt und soll dazu dienen, Antworten auf die Krise der Geschäftsstraßen zu finden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1774/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

"Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt" in Charlottenburg-Wilmersdorf stärken

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, die Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu fördern und einen Aktionsplan dafür der BVV vorzulegen. Für die Koordination und als Ansprechpartner*in soll eine Stelle geschaffen und mit eigenen Haushaltsmitteln ausgestattet werden. Dieses ist im kommenden Haushaltsplan zu berücksichtigen.

Damit setzt der Bezirk die IGSV (Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt") um, die der Rat der Bürgermeister*innen beschlossen hat.

Folgende Ziele sollen erreicht werden:

1. Diskriminierung, Gewalt und vorurteilsmotivierte Kriminalität bekämpfen
2. Erkenntnisgrundlagen verbessern
3. LSBTIQ*-Geflüchtete schützen
4. Geschichtsdokumentation und -bildung stärken
5. Vielfalt in der Vielfalt – Pflege, Alter, Leben mit Behinderung und psychischen Beeinträchtigungen
6. Bildung, Aufklärung und Jugend- und Familienarbeit stärken
7. Wandel der Verwaltungen vorantreiben
8. Dialog fördern, Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erhöhen
9. Gleiche Rechte für LSBTIQ* – die rechtliche Gleichstellung bundesweit vorantreiben

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 zu berichten.

Begründung:

Damit setzt das Bezirksamt den Beschluss des Rats der Bürgermeister*innen zur Benennung von Ansprechpersonen in den Bezirken zur Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt (IGSV)“ um. Die bisherige Arbeit zur „Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ im Bezirksamt ist zu wenig sichtbar und die Anbindung an die Gleichstellungsbeauftragte hat bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Der Registerbericht zeigt für Charlottenburg-Wilmersdorf einen großen Anstieg an LGBTIQ* feindlichen Angriffen auf, so dass zusätzlicher Handlungsbedarf entsteht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1778/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ökologischer Schwerpunkt für die Wirtschaftsförderung setzen

Die BVV möge beschließen:

das Bezirksamt wird gebeten, in der Wirtschaftsförderung einen ökologischen und nachhaltigen Schwerpunkt zu setzen. Dabei sind die Unternehmen zu beraten, welche Möglichkeiten es gibt, ihre Produkte ökologischer anzubieten. Dazu zählen unter anderem der Verzicht auf Einwegverpackung und nachhaltiger Transport. Für diesen Schwerpunkt sind Fördermittel zu akquirieren und mit bestehenden Kampagnen zusammenzuarbeiten.

Der BVV ist bis zum 31.3.2021 fertig zu berichten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Tillinger

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1789/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Kostenübernahme für Hausabriss auf der Parzelle 139 in der Kolonie Hohenzollerndamm

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, die Kosten für den Abriss des Hauses auf der Parzelle 139 in der Kolonie Hohenzollerndamm zu übernehmen. Mit dem Vorstand der Kolonie soll über die zukünftige Nutzung der Parzelle (urban Gardening, Nutzung Schule, Kita, ect.) eine Übereinkunft getroffen werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Kolonie ist nicht in der finanziellen Lage den Abriss des Hauses von ca./ max. 10.000,00€ zu finanzieren. Es macht keinen Sinn über die Situation Jahre zu diskutieren und eine Kleingartenparzelle brach liegen zu lassen. Vielmehr sollte die Parzelle schnellstmöglich in einen Zustand versetzt werden, die eine möglichst allgemeinen Nutzung möglich macht.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1792/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Innovationslab für die Verwaltung Charlottenburg-Wilmersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, ein Innovations-Lab für die Beschäftigten im Rathaus zu installieren. Dabei sollen Räume mit moderner Technik ausgestattet werden, die Videokonferenzen, Auswahlverfahren und Online-Bewerbungsgespräche, interaktive Methoden der Gruppenarbeit und Computer mit der notwendigen Software bereitstellen. Es soll geprüft werden, ob und wie die Räumlichkeiten auch von Personen außerhalb des Bezirksamtes genutzt werden können.

Der BVV ist bis zum 30.06.2021 zu berichten.

Begründung:

Die Verwaltung steht vor großen Modernisierungsherausforderungen und die Mitarbeitenden müssen bei der Digitalisierung eingebunden werden. Für eine nachhaltige Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und um diese attraktiver zu gestalten, bedarf es unbedingt der Unterstützung aller Beschäftigten. Aus diesem Grund sollen und müssen Mitarbeitende in den Veränderungsprozessen mit einbezogen werden, um Ideen zu entwickeln und die Akzeptanz zu fördern. Das Innovations-Lab soll auf diese Weise sowohl bestehende Prozesse unterstützen als auch neue Wege aufzeigen und Berührungspunkte vor den Veränderungen durch die Digitalisierung nehmen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1808/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Spezielle Beratung für Selbstständige und Kleinunternehmen in der Corona-Krise

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, wie bei der bezirklichen Wirtschaftsförderung ein besonderes Beratungsangebot für Selbstständige und Kleinunternehmen eingerichtet werden kann, um die Gefahren der Insolvenz und Überschuldung unter den Bedingungen der Corona-Krise zu verringern. Dabei ist neben den Trägern der Schuldner*innen- und Insolvenzberatung gezielt die Kooperation mit dem Senat, der Investitionsbank Berlin und Unternehmensverbänden wie der Industrie- und Handelskammer anzustreben. Fördermittel, die für den Ausbau des Beratungsangebots zur Verfügung stehen, sind gezielt zu nutzen.

Der BVV ist bis zum 31. März 2021 zu berichten.

Begründung

Durch die anhaltende Corona-Pandemie sind viele Unternehmen in ihrer Existenz bedroht, vor allem Kleinstbetriebe und Soloselbstständige wissen oft nicht mehr weiter. Ihnen muss der Bezirk helfen. Die allgemeine Schuldner*innen- und Insolvenzberatung reicht da nicht aus. Selbstständige brauchen ein qualifiziertes Beratungsangebot, das ihnen hilft ihr Unternehmen durch die Krise zu führen. Im Nachbarbezirk Mitte ist es gelungen, in Kooperation mit Senat und IHK eine spezialisierte Beratung für Kleinunternehmen einzurichten. Dort zeigt ein Expert*innenteam den Selbstständigen Wege aus der Krise. Ein nachahmenswertes Beispiel für die Wirtschaftsförderung in Charlottenburg-Wilmersdorf, um soziale Not von Menschen im Bezirk zu verhindern.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
AfD-Fraktion
Dr. Seyfert/Bolsch

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1819/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Pandemiekosten in der KLR

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, der BVV einen auf der Kosten- und Leistungsrechnung basierenden Produkt-Vergleichsbericht für 2020 vorzulegen, in dem die pandemiebedingten Kosten detailliert, nach Ämter- und Serviceeinheiten untergliedert, aufgeschlüsselt sind.

Der BVV ist bis zum 31. März 2021 zu berichten

Begründung

Für die weitere Planung und Abschätzung der Entwicklung der finanziellen Lage des Bezirks ist es unerlässlich, die bisher in Zusammenhang mit der Pandemie angefallenen Kosten zu kennen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1849/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fair auch beim Geldverkehr

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, den Geldverkehr nur noch über Banken abzuwickeln, die regional verankert sind wie die Berliner Sparkasse oder die folgenden Geschäftsfelder bei ihren Aktivitäten ausschließen: Waffen und Rüstung, Kinderarbeit, Arbeitsrechtsverletzungen, Menschenrechtsverletzungen, Atomkraft, Fossile Brennstoffe, Industrielle Tierhaltung und Glücksspiel.

Der BVV ist bis zum 31.5.2021 zu berichten.

Begründung

Viele Banken finanzieren immer noch Projekte, die sich nicht an der Nachhaltigkeit orientieren. Deshalb sollte das Bezirksamt nur noch mit Instituten zusammenarbeiten, die sich dazu verpflichten. Eine Informationsquelle ist dazu das Internetportal geldbewegt.de, das vom Bundesumweltministerium gefördert wird. Das Bezirksamt nutzt derzeit u.a. ein Konto der Postbank, welches als ein Unternehmen der Deutschen Bank diese Kriterien nicht erfüllt.